

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

EUROPÄISCHER RAT AM 01./02.03.2012 IN BRÜSSEL

Der Präsident des Europäischen Rats (ER), *Herman Van Rompuy*, wurde einstimmig wiedergewählt. Gleichzeitig wurde er von den Staats- und Regierungschefs der 17 Eurostaaten förmlich zum Präsidenten der inzwischen regelmäßig stattfindenden „Eurogipfel“ ernannt. Außerdem unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs von 25 Mitgliedstaaten (außer Tschechien und dem Vereinigten Königreich) den Fiskalpakt. Sie kündigten erneut an, bis Ende März zu prüfen, ob die Gesamtkapazität von EFSF und ESM ausreichend ist. Im Mittelpunkt der Aussprachen stand die Umsetzung der EU-Wirtschaftsstrategie. Der ER billigte die fünf Prioritäten, die die Kommission im Jahreswachstumsbericht 2012 vorgeschlagen hat (s. dazu Berichte des StMF und des StMWIVT in diesem EB). Der ER befasste sich zudem mit der Vorbereitung der anstehenden Gipfeltreffen der G8, der G20 sowie der Rio+20-Konferenz der Vereinten Nationen. Im außenpolitischen Teil spielte die Europäische Nachbarschaftspolitik eine wichtige Rolle. Entsetzt äußert sich der ER über die Lage in Syrien. Der Rat wird beauftragt, über die am 27.02.2012 von den Außenministern verschärften Sanktionen hinaus neue Maßnahmen auszuarbeiten. Ebenso besorgt äußert sich der ER über die Verschlechterung der Lage in Weißrussland und begrüßt vom Außenministerrat am 27.02.2012 verhängte, weitere Sanktionen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/128570.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/128588.pdf

SERBIEN ERHÄLT STATUS EINES BEITRIITTSKANDIDATEN

Der ER hat Serbien am 02.03.2012 den Status eines Beitrittskandidaten verliehen. Damit ist noch keine Aufnahme von Verhandlungen verbunden, zuvor erwartet die EU weitere Fortschritte bei der Normalisierung des Verhältnisses zwischen Serbien und Kosovo. Die Entscheidung wurde möglich, weil Serbien und Kosovo am 24.02.2012 nach intensiven Verhandlungen unter Vermittlung der EU und der USA eine Vereinbarung zu zwei Schlüsselfragen des gegen-



seitigen Verhältnisses geschlossen hatten. Die Entscheidung stand jedoch bis zuletzt auf der Kippe, weil Rumänien kurzfristig Einwände wegen angeblicher Probleme beim Minderheitenschutz erhob. Der rumänische Präsident *Basescu* machte kurz vor dem ER den Weg für die Entscheidung frei, nachdem Serbien und Rumänien eine Vereinbarung zum Minderheitenschutz getroffen hatten. Die Kommission kündigte zudem an, eine Machbarkeitsstudie für eine Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Kosovo vorzulegen.

VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN UNGARN VERSCHÄRFT – KOMMISSION DROHT MIT KLAGE ZUM EUGH

Die Kommission hat zu zwei der drei am 17.01.2012 eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren gegen neue ungarische Gesetze eine begründete Stellungnahme gem. Art. 258 AEUV beschlossen und damit die zweite Stufe des Verfahrens eingeleitet. Zur Beantwortung hat sie der ungarischen Regierung die ungewöhnlich kurze Frist von einem Monat gesetzt. Die Absenkung des Rentenalters für Richter und Staatsanwälte von 70 auf 62 Jahre verstoße gegen das Verbot der Altersdiskriminierung. Mit der Abschaffung des Amtes des Datenschutzbeauftragten zum 01.01.2012 und der Neueinrichtung einer nationalen Behörde für Datenschutz werde in die persönliche Unabhängigkeit des von 2008 - 2014 ernannten bisherigen Datenschutzbeauftragten eingegriffen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/222&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

EU-AUSSENBEAUFTRAGTE ASHTON KÜNDIGT NEUE GESPRÄCHE ÜBER ATOMPROGRAMM MIT IRAN AN

Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Kommissionsvizepräsidentin *Catherine Ashton*, hat bekanntgegeben, dass sie dem Iran im Namen Chinas, Deutschlands, Frankreichs, Russlands, der USA und des Vereinigten Königreichs die Wiederaufnahme von Gesprächen über das iranische Atomprogramm angeboten hat. *Ashton* reagierte damit auf ein Schreiben des Hohen Nationalen Sicherheitsrats des Iran, in dem neue Gespräche vorgeschlagen worden waren. Frühere Gespräche waren im Januar 2011 gescheitert.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/128765.pdf



EP: LOTHAR BISKY ALS FRAKTIONSVORSITZENDER DER VEREINIGTEN LINKEN ZURÜCKGETRETEN

Lothar Bisky hat sein Amt als Vorsitzender der Fraktion Vereinigte Europäische Linke niedergelegt. Er verwies zur Begründung auf sein Alter und seine Gesundheit; sein Mandat im EP will *Bisky* weiter ausüben. Wer die Fraktion künftig führen wird, ist noch offen. *Bisky* schlug seine deutsche Fraktionskollegin *Gabi Zimmer* vor.

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

EUGH BESTÄTIGT GRUNDSÄTZLICHE PFLICHT ZUR GEGENSEITIGEN ANERKENNUNG VON FÜHRERSCHEINEN

Der EuGH hat erneut die grundsätzliche Pflicht der Mitgliedstaaten zur gegenseitigen Anerkennung von Führerscheinen bekräftigt und abermals darauf hingewiesen, dass eine Nichtanerkennung nur in eng begrenzten Ausnahmefällen möglich ist. In einem Urteil vom 01.03.2012 haben die Richter präzisiert, dass alleine die Weigerung eines Mitgliedstaates, erstmalig einen Führerschein auszustellen, die Nichtanerkennung eines in einem anderen Mitgliedstaat später ausgestellten Führerscheins nicht rechtfertigt.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=119902&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1758349>

ABGEORNETENGESPRÄCH KOMMUNALER SPITZENVERBÄNDE IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG IN BRÜSSEL

Am 06.03.2010 sind die kommunalen Spitzenverbände Bayerns, Baden-Württembergs und Sachsens in der Bayerischen Vertretung zu einem Gespräch mit Abgeordneten des EP zusammengekommen. Die Teilnehmer tauschten sich über aktuelle europapolitische Fragen mit Kommunalbezug wie die Refom des Vergaberechts, die Energieeffizienzrichtlinie und die Zukunft der Kohäsionspolitik aus. Begrüßt wurden sie von der der Bayerischen Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, *Emilia Müller*.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

AUCH EP RUFT EUGH WEGEN ACTA AN – LANGE BERATUNGSDAUER ZU ERWARTEN

Das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) ist auch auf europäischer



Ebene weiter sehr umstritten. Das EP hat am 29.02.2012 seine Beratungen über die Ratifizierung aufgenommen und einen ersten Meinungsaustausch im INTA-Ausschuss durchgeführt. Am 01.03.2012 wurde ein Workshop durchgeführt, der die bislang schon bekannten Positionen und Argumente für und wider ACTA abbildete. Das EP wird nun seinerseits, wie schon die Kommission, ein Gutachten des EuGH zur Vereinbarkeit von ACTA mit dem EU-Recht einholen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bIM-PRESS%2b20120227IPR39340%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fEN>

EURO-ZAHLUNGSVERKEHRSRAUM (SEPA) VERABSCHIEDET

Der Rat verabschiedete am 28.02.2012, kurz nach der Zustimmung des EP die SEPA-Verordnung, wonach die beiden wichtigsten Zahlungsmethoden – Banküberweisungen und Lastschriftverfahren -grundsätzlich am 01.02.2014 in das SEPA-System überführt sein müssen (Einzelheiten: EB 04/12).

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/pe00/pe00076.de11.pdf>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

ZWEITES RETTUNGSPAKET FÜR GRIECHENLAND – SACHSTAND

Mit dem zweiten Rettungspaket soll der Schuldenstand Griechenlands bis 2020 auf 120,5 % des BIP reduziert werden. Der öffentliche Finanzierungsanteil beträgt 130 Mrd. € bis 2014. Am 09.03.2012 hat die griechische Regierung das Ergebnis des freiwilligen Schuldenschnitts bekannt gegeben. Die Beteiligungsquote liegt bei 83,5 %, so dass die vorab festgelegte Mindestquote von 75 % deutlich übertroffen wurde. Die griechische Regierung kündigte zudem an, die Umschuldungsklauseln für die nach griechischem Recht begebenen Anleihen zu aktivieren. Damit könnten die Gläubiger, die bisher ihre Zustimmung zur Beteiligung am Schuldenschnitt verweigert haben, zur Teilnahme gezwungen werden. Die Beteiligungsquote könnte so auf 95,7 % gesteigert werden. Da der Schuldenschnitt erfolgreich verlaufen ist und Griechenland die vorab geforderten Reformmaßnahmen (Haushaltskonsolidierungs- und Strukturreformmaßnahmen) im Wesentlichen umgesetzt hat, dürfte der Weg für die Verabschiedung des zweiten griechischen Rettungspaketes frei sein. Die Finanzminister des Euroraums werden im Laufe des 09.03.2012 in einer Tele-



fonschaltkonferenz über das Ergebnis des Schuldenschnitts und die weitere Vorgehensweise beraten. Am 12.03.2012 findet eine reguläre Sitzung der Eurogruppe statt, in der es schwerpunktmäßig ebenfalls um das zweite Rettungspaket für Griechenland gehen dürfte.

http://www.consilium.europa.eu/media/1463013/statement_on_greece_1_march_12.pdf

WESENTLICHE ERGEBNISSE DES FRÜHJAHRSGIPFELS DES EUROPÄISCHEN RATES VOM 01./02.03.2012 – GESCHÄFTSBEREICH DES STMF

Die Diskussionen im ER betrafen schwerpunktmäßig die Umsetzung des Europäischen Semesters. Der ER hat dazu auf der Grundlage des Jahreswachstumsberichts der Kommission Leitlinien verabschiedet, die von den Mitgliedstaaten bei der Aufstellung ihrer Stabilitäts- und Konvergenzprogramme sowie der nationalen Reformprogramme berücksichtigt werden sollen. *Herman Van Rompuy* wurde einstimmig als Präsident des ER wiedergewählt und erstmals offiziell zum Präsidenten des Eurogipfels gewählt. Beide Amtszeiten laufen vom 01.06.2012 bis 30.11.2014. Der von den Staats- und Regierungschefs bereits am 30.01.2012 gebilligte Fiskalpakt wurde von 25 Mitgliedstaaten unterzeichnet. Nicht angeschlossen haben sich das Vereinigte Königreich und Tschechien. Eine Entscheidung zur Anhebung der Gesamtobergrenze von EFSF/ESM (derzeit 500 Mrd. €) soll erst im Laufe des März fallen. Die Bereitstellung des eingezahlten Kapitals für den ESM (insgesamt 80 Mrd. €) soll beschleunigt werden. Bisher waren fünf jährliche Tranchen geplant. Von diesen fünf Tranchen sollen 2012 nunmehr bereits zwei Tranchen eingezahlt werden. Bis Ende März soll eine Vereinbarung über den Zeitplan für die Zahlung der restlichen Tranchen getroffen werden. Die Kommissionsvorschläge zur Energiebesteuerung, zur gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, zur Finanztransaktionssteuer und zur Überarbeitung der Zinsbesteuerungsrichtlinie sollen vorgebracht werden. Auch die Verhandlungsmandate für Abkommen mit Drittländern über die Besteuerung von Zinserträgen haben aus Sicht des ER Priorität. Daneben wurden die Mitgliedstaaten angehalten, ihre Steuersysteme zu reformieren, ungerechtfertigte Steuerbefreiungen abzuschaffen, die Steuerbemessungsgrundlage zu verbreitern, den Faktor Arbeit steuerlich zu entlasten, die Steuererhebung effizienter zu gestalten und die Steuerhinterziehung zu bekämpfen.



http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/128570.pdf

UMSETZUNG DES RETTUNGSPROGRAMMS FÜR PORTUGAL – SACHSTAND

Die Troika bestehend aus Kommission, EZB und IWF hat das portugiesische Anpassungsprogramm vom 15. bis 27.02.2012 der dritten vierteljährlichen Überprüfung unterzogen. Sie kam zu dem Ergebnis, dass Portugal mit der Programmumsetzung auf Kurs ist. Das Gesamtvolumen des portugiesischen Rettungsprogramms beträgt 78 Mrd. €. Davon werden jeweils 26 Mrd. € vom IWF, von der EFSF und vom EFSM getragen. Bisher wurden 38,4 Mrd. € ausgezahlt. Im April können auf der Grundlage des Troika-Berichts weitere 14,9 Mrd. € ausgezahlt werden, wenn der IWF, die Eurogruppe und der ECOFIN-Rat die Auszahlung bewilligen. Die nächste Troika-Mission in Portugal ist für Mai 2012 geplant.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/142>

UNGARN – AKTUELLE ENTWICKLUNG IM DEFIZITVERFAHREN UND IN DEN VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN

Der ECOFIN-Rat hatte am 24.01.2012 gemäß Art. 126 Abs. 8 AEUV festgestellt, dass Ungarn keine ausreichenden Maßnahmen zur Korrektur seines übermäßigen Defizits getroffen hat. Die Kommission hat dem Rat darauf aufbauend am 06.03.2012 eine Empfehlung vorgeschlagen, nach der Ungarn bis Mitte September 2012 weitere Schritte unternehmen soll, um sein Defizit in diesem Jahr auf nachhaltige und glaubwürdige Weise auf unter 3 % des BIP zu reduzieren. Ob eine solche ausgesprochen wird, wird der ECOFIN-Rat voraussichtlich auf seiner kommenden Sitzung am 13.03.2012 entscheiden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/161&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/165&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

KONSULTATION ZUR PROBLEMATIK DER „DOPPELTEN NICHTBESTEUERUNG“ VON GRENZÜBERSCHREITEND TÄTIGEN UNTERNEHMEN

Die Kommission hat am 29.02.2012 eine Konsultation zur Problematik der



„doppelten Nichtbesteuerung“ von grenzüberschreitend tätigen Unternehmen eingeleitet. Durch Diskrepanzen zwischen den Steuersystemen der Mitgliedstaaten können sich Unternehmen aus Sicht der Kommission immer wieder der Besteuerung entziehen. Die doppelte Nichtbesteuerung führe zu erheblichen Einnahmeausfällen und Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt. Die Konsultation läuft bis zum 30.05.2012.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/201&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN WEGEN DES ERMÄSSIGTEN MEHRWERTSTEUERSATZES AUF KUNSTGEGENSTÄNDE UND SAMMLUNGSSTÜCKE

Die Kommission hat Deutschland am 27.02.2012 förmlich aufgefordert, seine Vorschriften über die Anwendung ermäßigter Mehrwertsteuersätze in Bezug auf Kunstgegenstände und Sammlungsstücke zu ändern (zweite Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens). In Deutschland wird auf alle Lieferungen von Kunstgegenständen und Sammlungsstücken sowie das Vermieten solcher Gegenstände ein ermäßigter Mehrwertsteuersatz angewendet. Nach EU-Recht muss aus Sicht der Kommission dagegen der Normalsatz angewandt werden. Kommt Deutschland der Aufforderung der Kommission nicht innerhalb von zwei Monaten nach, kann die Kommission den EuGH anrufen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/177&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSIONSBERICHT ZUR ZINSBESTEUERUNGSRICHTLINIE

Die Kommission hat am 02.03.2012 ihren im dreijährigen Turnus erstellten Bericht über die Zinsbesteuerungsrichtlinie veröffentlicht. Aus Sicht der Kommission haben sich im Zeitraum zwischen 2005 und 2010 die Qualität und die Verwendbarkeit der zwischen den Mitgliedstaaten übermittelten Daten verbessert. Der Bericht weist aber auch auf bestehende Regelungslücken bei der Zinsbesteuerung hin. Die Kommission fordert daher, dass der Ende 2008 unterbreitete Vorschlag zur Änderung der Zinsbesteuerungsrichtlinie vom Rat so schnell wie möglich angenommen wird.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/publications/com_reports/taxation/index_en.htm .



BERICHT DER KOMMISSION ZUR AUSFÜHRUNG DES EU-HAUSHALTS 2011

Die Kommission hat am 29.02.2012 über die Ausführung des EU-Haushalts 2011 berichtet. Im Jahr 2011 wurden 99,7 % der Mittel für Verpflichtungen des EU-Haushalts ausgeführt und 99,2 % der genehmigten Zahlungen geleistet. Im Dezember habe die Kommission von den Mitgliedstaaten noch Rechnungen in zweistelliger Milliardenhöhe zu EU-Projekten erhalten, von denen nur ein Teil ausgezahlt werden konnte. Wären im EU-Haushalt 2011 noch mehr Mittel für Zahlungen verfügbar gewesen, hätten den Mitgliedstaaten vor Jahresende weitere 5 Mrd. € überwiesen werden können. Dieser Zahlungsrückstand müsse nunmehr im Rahmen der Ausführung des EU-Haushalts 2012 aufgeholt werden, so dass es zu Engpässen im EU-Haushalt 2012 komme.

GRIECHENLAND VERPFLICHTET SICH, ZUVERLÄSSIGE STATISTIKEN ZU GEWÄHRLEISTEN

Die Kommission hatte den Mitgliedstaaten am 15.04.2011 in einer Mitteilung zur Stärkung der Qualität der europäischen Statistiken nahegelegt, Verpflichtungserklärungen zur Führung zuverlässiger Statistiken zu unterzeichnen. Griechenland hat nunmehr als erster Mitgliedstaat eine solche Verpflichtung unterzeichnet. In den letzten Jahren hatten sich bei den griechischen Statistiken gravierende Mängel gezeigt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/206&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VERORDNUNGSVORSCHLAG ZUR REGULIERUNG VON „ZENTRALVERWAHRERN“ FÜR DIE ABWICKLUNG VON WERTPAPIER- GESCHÄFTEN

Die Kommission hat am 07.03.2012 einen Verordnungsvorschlag zur Regulierung der Tätigkeit von sog. „Zentralverwahrern“ für die Abwicklung von Wertpapiergeschäften vorgelegt. Zentralverwahrer stellen auf den Wertpapiermärkten die Infrastruktur für die Abwicklung und erfassen Emissionen und Besitzerwechsel. Die Wertpapierabwicklung, die dem eigentlichen Geschäft nachfolgt, soll gerade bei grenzüberschreitenden Transaktionen sicherer, effizienter und schneller werden. Das Risiko eines Scheiterns der Abwicklung soll sinken. Dazu dient u. a. eine Harmonisierung der Abwicklungsfristen auf zwei Tage nach dem Handelstag, deren Missachtung mit Verwaltungsstrafen wie



dem Entzug der Zulassung oder aber mit Geldbußen sanktioniert werden soll. Die Regulierung soll auch Zulassungsanforderungen, Verhaltenspflichten und Governance-Strukturen vereinheitlichen, wofür im Gegenzug der Marktzugang zugelassener Zentralverwahrer in anderen EU-Mitgliedstaaten mit Hilfe eines „EU-Passes“ vereinfacht werden soll (s. dazu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/221&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION VERLÄNGERT DEUTSCHE BEIHILFEREGLUNG FÜR DIE BANKENRETTUNG

Die Kommission hat am 05.03.2012 bekannt gegeben, dass sie dem erneuten Inkraftsetzen der deutschen Beihilferegelung für Bankenrettungen bis zum 30.06.2012 auf Grundlage von Art. 107 Abs. 3 lit. b) AEUV zugestimmt hat. Die Regelung war Ende 2010 ausgelaufen und wird nun erneut nutzbar sein. Im Gegensatz zur früheren Anwendung in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise werden aber andere wirtschaftliche Bedingungen für die Nutzung von Staatsbeihilfen gelten, etwa hinsichtlich der Entgelte für die Übernahme von Bürgschaften oder für Rekapitalisierungsmaßnahmen (s. dazu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/middayExpressAction.do?date=06/03/2012&direction=0&guiLanguage=en>

RAT NIMMT SEPA-VERORDNUNG ÜBER EINHEITLICHEN EUROPÄISCHEN ZAHLUNGSRAUM AN

Der Rat hat am 28.02.2012 die Verordnung über den Gemeinsamen Europäischen Zahlungsraum (SEPA) auf Grundlage einer am 20.12.2011 mit dem EP gefundenen Einigung gebilligt. Zuvor hatte bereits das EP-Plenum am 14.02.2012 dem Text zugestimmt (EB 04/12). Die Verordnung wird nun am Tag nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft treten (s. dazu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/128243.pdf



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

EUROPÄISCHER RAT AM 01./02.03.2012: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWIVT

Am 01./02.03.2012 tagten der ER sowie die Staats- und Regierungschefs der Eurogruppe. Wesentliches Ergebnis neben der Verabschiedung von auf Wachstumspolitik ausgerichteten Schlussfolgerungen war die endgültige Unterzeichnung des sog. „Fiskalpakts“ durch 25 Mitgliedstaaten. Lediglich das Vereinigte Königreich und die Tschechische Republik unterzeichneten den Pakt nicht. Nun steht die Ratifizierung an. Irland hat angekündigt, ein Referendum abzuhalten. Nach den Einschätzungen verschiedener Beteiligter habe es sich bei diesem ER seit längerem zum ersten Mal wieder um ein an längerfristigen Ergebnissen orientiertes, nicht krisengetriebenes Treffen gehandelt.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st00/st00004.de12.pdf>

<http://european-council.europa.eu/media/639244/04 - tscg.de.12.pdf>

VERORDNUNGSVORSCHLAG ZUR REGULIERUNG VON „ZENTRALVERWAHRERN“ FÜR DIE ABWICKLUNG VON WERTPAPIERGESCHÄFTEN

Die Kommission hat am 07.03.2012 einen Verordnungsvorschlag zur Regulierung der Tätigkeit von sog. „Zentralverwahrern“ für die Abwicklung von Wertpapiergeschäften vorgelegt. Zentralverwahrer stellen auf den Wertpapiermärkten die Infrastruktur für die Abwicklung und erfassen Emissionen und Besitzerwechsel. Die Wertpapierabwicklung, die dem eigentlichen Handelsgeschäft nachfolgt, soll gerade bei grenzüberschreitenden Transaktionen sicherer, effizienter und schneller werden. Das Risiko eines Scheiterns der Abwicklung soll sinken. Dazu dient u. a. eine Harmonisierung der Abwicklungsfristen auf zwei Tage nach dem Handelstag, deren Missachtung mit Verwaltungsstrafen wie dem Entzug der Zulassung oder mit Geldbußen sanktioniert werden soll. Die Regulierung soll auch Zulassungsanforderungen, Verhaltenspflichten und Governance-Strukturen vereinheitlichen, wofür im Gegenzug der Markt-zugang zugelassener Zentralverwahrer in anderen EU-Mitgliedstaaten mit Hilfe eines „EU-Passes“ vereinfacht werden soll.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/221&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



INNOVATIONSPARTNERSCHAFT FÜR ROHSTOFFE VORGESCHLAGEN

Die Kommission hat am 29.02.2012 eine Europäische Innovationspartnerschaft für Rohstoffe vorgeschlagen. Sie soll Politik, Unternehmen, Forschungseinrichtungen und der Zivilgesellschaft als Plattform dienen, um gemeinsam Maßnahmen für eine nachhaltige Versorgung der EU mit Rohstoffen zu entwickeln. Die Innovationspartnerschaft konzentriert sich auf nicht-energetische und nicht-landwirtschaftliche Rohstoffe. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass nur Innovationen entlang der gesamten Rohstoff-Wertschöpfungskette die Versorgung auf Dauer sichern können. Fortschritte müssten sowohl beim Umgang mit den Rohstoffen selbst als auch bei Substitution und Ressourceneffizienz gelingen. Eine Hochrangige Lenkungsgruppe soll bis Anfang 2013 einen Strategischen Umsetzungsplan ausarbeiten, der Prioritäten sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite definiert. Das Konzept der Innovationspartnerschaft geht auf die so genannte Leitinitiative „Innovationsunion“ zurück, welche die Kommission als Teil der Strategie Europa 2020 am 06.10.2010 vorgestellt hat (s. dazu auch überblicksweise den Beitrag des StMWFK in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/144&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/196&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ITRE-AUSSCHUSS DES EP ZU ENERGIEEFFIZIENZ-RICHTLINIE: TRILOG MIT RAT UND KOMMISSION WIRD BEGINNEN

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des EP (ITRE) hat wie vorgesehen am 28.02.2012 seine Position zur Energieeffizienz-Richtlinie festgelegt. Damit wurde die zuvor gefundene fraktionsübergreifende Einigung (EB 04/12) besiegelt. Weiterhin hat der Ausschuss entschieden, dass auf Grundlage des Votums die Trilogverhandlungen mit dem Rat sofort beginnen können, ohne eine Plenarbehandlung abzuwarten. Die Positionen des EP, etwa hinsichtlich der Verbindlichkeit nationaler Energieeffizienzziele, sind aber recht weit von der Haltung der Mehrheit der Mitgliedstaaten im Rat entfernt, so dass die Verhandlungen voraussichtlich schwierig werden.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120227IPR39335/html/Energy-savings-committee-backs-binding-national-targets-and-CO2-set-aside-plan>



ITRE-AUSSCHUSS DES EP NIMMT POSITION ZUR KOORDINIERUNG VON ENERGIE-ABKOMMEN ZWISCHEN MITGLIEDSTAATEN UND DRITTSTAATEN EIN

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des EP (ITRE) hat am 27.02.2012 über das Mandat für die Trilogverhandlungen mit dem Rat hinsichtlich des Kommissionsvorschlags eines Beschlusses zur Koordinierung mitgliedstaatlicher Abkommen mit Drittstaaten im Energiebereich abgestimmt. Die Abgeordneten unterstützten den Kommissionansatz, Mitgliedstaaten Mitteilungspflichten über bestehende Vertragsbeziehungen und laufende Verhandlungen aufzuerlegen. Weiterhin soll die Kommission das Recht bekommen, an Verhandlungen als Beobachter teilzunehmen sowie die Abkommen vor Inkrafttreten auf ihre Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht zu prüfen. Damit soll es Drittstaaten unmöglich werden, Mitgliedstaaten zu unionsrechtswidrigen Abkommen zu drängen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120227IPR39350/html/Boosting-Member-States'-bargaining-power-in-energy-deals-with-non-EU-countries>

KONSULTATION ZUM ZEHNJÄHRIGEN ENTWICKLUNGSPLAN FÜR STROMNETZE

Am 01.03.2012 hat der Verband der europäischen Stromnetzbetreiber (ENTSO-E) eine öffentliche Konsultation zum Entwurf eines zehnjährigen Netzentwicklungsplans gestartet. Der Plan untersucht den Investitionsbedarf und Fortschritte beim Netzausbau. Danach müssten rund 51000 km Stromnetze neu errichtet werden, der Investitionsbedarf hierfür belaufe sich auf etwa 104 Mrd. €. Von den etwa 100 identifizierten Engstellen im Netz stünden 80 % im Zusammenhang mit der Integration erneuerbarer Energien in die Netze. Die Konsultation zu den Analysen von ENTSO-E läuft bis zum 26.04.2012. Die Erkenntnisse aus den eingegangenen Beiträgen werden in den für Juli 2012 angekündigten endgültigen Netzentwicklungsplan einfließen.

<https://www.entsoe.eu/system-development/tyndp/tyndp-2012/>

AUCH EP RUFT EUGH WEGEN ACTA AN – LANGE BERATUNGSDAUER ZU ERWARTEN

Das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) ist auch auf europäischer Ebene weiter sehr umstritten. Das EP hat am 29.02.2012 seine Beratungen



über die Ratifizierung aufgenommen und einen ersten Meinungsaustausch im INTA-Ausschuss durchgeführt. Am 01.03.2012 wurde ein Workshop durchgeführt, der die bislang schon bekannten Positionen und Argumente für und wider ACTA abbildete. Das EP wird nun seinerseits, wie schon die Kommission, ein Gutachten des EuGH zur Vereinbarkeit von ACTA mit dem EU-Recht einholen (s. dazu Beitrag des StMJV in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bIM-PRESS%2b20120227IPR39340%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fEN>

BERICHT ÜBER HANDELSHEMMNISSE BEI DEN WICHTIGSTEN WIRTSCHAFTSPARTNERN

Am 27.02.2012 hat die Kommission nach 2011 ihren zweiten Bericht über Handels- und Investitionshindernisse bei den wichtigsten Wirtschaftspartnern der EU veröffentlicht. Er ist Teil der Strategie zur Durchsetzung offener Märkte und soll den Mitgliedstaaten sowohl Prioritäten verdeutlichen als auch als einheitliche Kommunikationsgrundlage dienen. Die vom Bericht erfassten strategischen Wirtschaftspartner sind China, Indien, Japan, die Mercosur-Staaten Argentinien und Brasilien, Russland und die USA. Im Jahr 2011 hatte die Kommission 21 besonders gewichtige Handelsschranken auf diesen Märkten ausgemacht, deren Abbau seitdem aber nur zu einem kleinen Teil gelungen sei. Trotz einiger Fortschritte zeichne sich in der Industriepolitik gerade der Schwellenländer sogar eine zunehmende Tendenz zu handelsbeschränkenden Maßnahmen ab.

http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/trade-topics/market-access/index_en.htm

KOMMISSION VERLÄNGERT DEUTSCHE BEIHILFEREGLUNG FÜR DIE BANKENRETTUNG

Die Kommission hat am 05.03.2012 bekannt gegeben, dass sie dem erneuten Inkraftsetzen der deutschen Beihilferegelung für Bankenrettungen bis zum 30.06.2012 auf Grundlage von Art. 107 Abs. 3 lit. b) AEUV zugestimmt hat. Die Regelung war Ende 2010 ausgelaufen und wird nun erneut nutzbar sein. Im Gegensatz zur früheren Anwendung in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise werden aber andere wirtschaftliche Bedingungen für die Nutzung von Staatsbeihilfen gelten, etwa hinsichtlich der Entgelte für die Übernahme von Bürg-



schaften oder für Rekapitalisierungsmaßnahmen.

[http://europa.eu/rapid/middayExpressAction.do?date=06/03/2012&direction=0
&guiLanguage=en](http://europa.eu/rapid/middayExpressAction.do?date=06/03/2012&direction=0&guiLanguage=en)

ITRE EINIGT SICH AUF NIEDRIGERE ROAMINGPREISE

Am 28.02.2012 hat sich der im EP federführende Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) auf neue Obergrenzen für Mobilfunk-Roaming geeinigt, die wesentlich strenger sind, als sie der Vorschlag der Kommission zur Neufassung der Roamingverordnung ursprünglich vorsah. So sollen ab Juli 2014 für ausgehende Telefonate höchstens 15 Cent und für angenommene Gespräche maximal 5 Cent pro Minute berechnet werden können. Für Kurznachrichten wird bereits im Jahr 2012 außerdem eine Preisobergrenze von 8 Cent gefordert, die bis 2014 noch auf 5 Cent herabgesenkt werden soll. Berichterstatterin ist die bayerische Abgeordnete *Dr. Angelika Niebler* (EVP) (s. dazu den Beitrag im Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik in diesem EB).

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bIM-
PRESS%2b20120227IPR39334%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fEN&la
nguage=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bIM-PRESS%2b20120227IPR39334%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fEN&language=DE)

RAT NIMMT SEPA-VERORDNUNG ÜBER EINHEITLICHEN EUROPÄISCHEN ZAHLUNGSRaum AN

Der Rat hat am 28.02.2012 die Verordnung über den Gemeinsamen Europäischen Zahlungsraum (SEPA) auf Grundlage einer am 20.12.2011 mit dem EP gefundenen Einigung gebilligt. Zuvor hatte bereits das EP-Plenum am 14.02.2012 dem Text zugestimmt (EB 04/12). Die Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/12
8243.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/128243.pdf)

FRAUEN IN UNTERNEHMENS-VORSTÄNDEN: KOMMISSION ZIEHT BILANZ DER SELBSTREGULIERUNGSINITIATIVEN UND LEITET KONSULTATION EIN

Am 05.03.2012 hat die Kommission einen Fortschrittsbericht zum Thema „Frauen in wirtschaftlichen Entscheidungspositionen in der EU“ veröffentlicht.



Er konstatiert ein Jahr nach der Aufforderung an die börsennotierten Unternehmen in Europa zu Selbstregulierungsinitiativen nur geringe Fortschritte mit Blick auf die Erhöhung des Frauenanteils in Führungsgremien. In den vergangenen zwölf Monaten hätten europaweit lediglich 24 Unternehmen die Selbstverpflichtung unterschrieben, teilte die Kommission mit. Daher leitete die Kommission nun eine öffentliche Konsultation darüber ein, welche Maßnahmen geeignet sind, um die Geschlechterdiversität in den Chefetagen börsennotierter Unternehmen in Europa zu steigern. Stellungnahmen können bis zum 28.05.2012 abgegeben werden (s. dazu den Beitrag des StMAS in diesem EB).

http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/women-on-boards_de.pdf

http://ec.europa.eu/justice/newsroom/gender-equality/opinion/120528_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

EUROPÄISCHE INNOVATIONSPARTNERSCHAFT FÜR LANDWIRTSCHAFTLICHE PRODUKTIVITÄT UND NACHHALTIGKEIT

Am 29.02.2012 rief die Kommission eine neue Europäische Innovationspartnerschaft (EIP) für landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit ins Leben. Sie soll Schnittstelle zwischen Landwirtschaft, Bio-Ökonomie, Wissenschaft und anderen Bereichen auf EU-Ebene, nationaler und regionaler Ebene sein. Vor allem soll sie dazu beitragen, die Kluft zwischen Forschung und landwirtschaftlicher Praxis durch einen verstärkten Informationsfluss in beide Richtungen zu verringern. Zwei Kernziele wurden für diese EIP festgelegt: (1) die Förderung der Produktivität und Effizienz des landwirtschaftlichen Sektors (gegen die gegenwärtige Verlangsamung des Produktivitätszuwachses), und (2) die Förderung der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft (Erhaltung der Bodenfunktion auf zufriedenstellendem Niveau). Umgesetzt werden sollen diese Ziele im Rahmen der 2. Säule GAP und des Forschungsrahmenprogramms Horizon 2020. Spätestens drei Jahre nach ihrem Start sollen erste Ergebnisse vorliegen (s. auch Beitrag des StMFWK in diesem EB).

<http://eur->

lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0079:FIN:DE:PDF

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/160&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>



RAT STIMMT MILCHPAKET ZU

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten stimmte am 28.02.2012 ohne weitere Aussprache dem Kompromiss zum „Milchpaket“ zu. Nur Luxemburg stimmte dagegen, die Niederlande, Dänemark und Irland enthielten sich. Irland, Niederlande und Luxemburg gaben als Begründung zu Protokoll, dass das Milchpaket notwendige Regelungen zum „Soft-Landing“ in der Milchquotenregelung nicht enthalte. Nach Ansicht dieser drei Mitgliedstaaten soll die Kommission ihre Position zum „Soft-Landing“ und der Beibehaltung der Superabgabe bei Überlieferung der Milchquoten überdenken. Nachdem das EP bereits am 15.02.2012 (EB 04/12) in erster Lesung zustimmte, wird die formale Unterzeichnung durch Rat und EP am Rande der EP-Plenarsitzung (12. - 15.03.2012) stattfinden. Die Veröffentlichung des Texts soll kurz danach erfolgen. Die darin festgelegten Regeln gelten bis 2020, wobei Bestimmungen zur Anerkennung von Erzeugerorganisationen und Branchenverbänden unmittelbar, jene zur Vertragsgestaltung, zu gemeinschaftlichen Vertragsverhandlungen und zur Angebotsteuerung von Qualitätsprodukten, sechs Monate später in Kraft treten werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/128271.pdf

EP-AGRARAUSSCHUSS: WORKSHOP ZUR KÜNFTIGEN LÄNDLICHEN ENTWICKLUNG

Am 28.02.2012 fand im Agrarausschuss des EP ein Workshop zur Ländlichen Entwicklung statt. *Jan Douwe van der Ploeg* (Prof. für „Rural Sociology“, Universität Wageningen, Niederlande) präsentierte eine kritische Auseinandersetzung mit den Kommissionsvorschlägen dazu. Im Anschluss äußerten sich Abgeordnete des Agrarausschusses zu den Ausführungen des Referenten und zur künftigen Ländlichen Entwicklung.

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT AUSBLICK AUF EU-AGRARMÄRKTE

Ende Februar 2012 veröffentlichte die Kommission die zweite kurzfristige Marktprognose für Ackerkulturen, Fleisch und Milch in den EU-Mitgliedstaaten. Danach wird die nutzbare Getreideerzeugung im Jahr 2012 auf 288 Mio. t (+ 1,2 %) geschätzt. Da nur geringfügige Veränderungen bei Handel und heimischem Verbrauch erwartet werden, könnten sich die Lagerbestände 2012/2013 leicht erholen. Die EU-Fläche für Ölsaaten wird für 2012/2013 auf



11 Mio. ha (- 0,2 %) geschätzt, die Ölsaatenproduktion würde unverändert 29 Mio. t betragen. Der Fleisch- und Milchmarkt im Jahr 2011 sei durch günstige Weltmarktbedingungen, insbesondere eine erhöhte Nachfrage, gestützt worden. Insgesamt wird für 2012 mit einer um 1,1 % geringeren Fleischproduktion gerechnet, während für 2013 eine Stabilisierung erwartet wird. Der Fleischverzehr werde 2012 um 0,7 % und 2013 um 0,4 % sinken. Die EU-Milchproduktion für 2011 wird auf 151 Mio. t geschätzt, ähnliche Produktionsmengen werden für 2012 und 2013 prognostiziert. Der Bericht stützt sich auf Daten, die bis zum 15.02.2012 erhoben wurden.

http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/markets/sto-crop-meat-dairy/2012-02_en.pdf

VERWALTUNGSAUSSCHUSS BESCHLIESST MITTELVERTEILUNG DES SCHULFRUCHTPROGRAMMS AUF MITGLIEDSTAATEN

Im Verwaltungsausschuss für die einheitliche gemeinsame Marktorganisation beschlossen die Mitgliedstaaten am 06.03.2012 die Verteilung der Mittel des Schulfruchtprogramms für das Schuljahr 2012/13. Die Mittel in Höhe von 90 Mio. € werden, wie von der Kommission vorgeschlagen, auf 24 teilnehmende Mitgliedstaaten verteilt. Schweden, Finnland und Vereinigtes Königreich nehmen erneut nicht am Programm teil. Basis der Mittelverteilung war die Bevölkerung der 6 - 10-jährigen Kinder sowie der vom Mitgliedstaat angemeldete Bedarf. Die meisten Gelder fließen nach Italien (20,5 Mio. €), Deutschland (11,6 Mio. €), Rumänien (9,8 Mio. €) und Polen (9,2 Mio. €). Die EU-Mittel müssen zu 50 - 75% von nationalen und/oder privaten Trägern ko-finanziert werden. Die Kommission möchte das Programm in Zukunft weiter ausbauen.

http://ec.europa.eu/agriculture/fruit-and-vegetables/school-fruit-scheme/index_en.htm

http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/73_en.pdf

<http://www.stmelf.bayern.de/agrarpolitik/foerderung/003621/index.php>

VERWALTUNGSAUSSCHUSS BESCHLIESST VERTEILUNG DER BEDÜRFTIGENHILFE AUF MITGLIEDSTAATEN

Im Verwaltungsausschuss für die einheitliche gemeinsame Marktorganisation beschlossen die Mitgliedstaaten am 28.02.2012 die Verteilung der Mittel für das Hilfsprogramm zur „Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige in der Union“ für das Jahr 2012. Danach fließen die höchsten Beträge nach Italien



(95,7 Mio. €), Spanien (80,4 Mio. €), Polen (75,3 Mio. €), Frankreich (70,6 Mio. €) und Rumänien (60,7 Mio. €). Andere Mitgliedstaaten profitieren deutlich weniger von diesem Programm. Deutschland, Österreich, Dänemark, Vereinigtes Königreich, Niederlande, Schweden und Zypern beteiligten sich, wie bisher, nicht an der Ausschüttung. Am 15.02.2012 hatte das EP der Verlängerung des Hilfsprogramms für die Jahre 2012 und 2013 im Umfang von jährlich 500 Mio. € zugestimmt (EB 04/12).

KONSULTATION DER KOMMISSION ZU INVASIVEN ARTEN

Am 29.02.2012 eröffnete die Kommission eine Online-Konsultation zur Bekämpfung von invasiven Arten in Europa. Invasive Arten sind Lebensformen, die sich nicht in ihrem natürlichen Lebensraum befinden und durch ihre rasante Ausbreitung eine Gefahr für Flora und Fauna, die menschliche Gesundheit, Anbaukulturen und Tierbestände darstellen. Allein der wirtschaftliche Schaden durch nichtheimische Spezies beläuft sich EU-weit auf etwa 12 Mrd. € jährlich. Die Ergebnisse der bis zum 12.04.2012 laufenden Online-Befragung sollen Eingang in den für das dritte Quartal 2012 erwarteten Legislativvorschlag finden (s. auch Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/environment/consultations/invasive_alien.htm

http://ec.europa.eu/environment/nature/invasivealien/index_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES AM 01./02.03.2012 IN BRÜSSEL: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS

Neben der Wirtschaftsstrategie und Fragen der Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion hat der ER bei seiner Tagung am 01./02.03.2012 in Brüssel die im Jahreswachstumsbericht der Kommission genannten Prioritäten für Maßnahmen auf Unionsebene und nationaler Ebene für das Jahr 2012 (EB 20/11) gebilligt. Dazu zählen u. a. die Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Bewältigung der sozialen Folgen der Krise. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass die Mitgliedstaaten raschere Fortschritte im Hinblick auf die Ziele der Strategie Europa 2020 machen und intensiver an die Reformen herangehen müssten, die in die länderspezifischen Empfehlungen von 2011 auf-



genommen wurden. Serbien wurde der Status eines Bewerberlandes verliehen.

http://consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/128570.pdf

DREIGLIEDRIGER SOZIALGIPFEL: FÖRDERUNG DES WACHSTUMS UND BEKÄMPFUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Im Vorfeld der Tagung des ER (s. Bericht in diesem EB) fand am 01.03.2012 der dreigliedrige Sozialgipfel statt. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Schlüsselrolle, die die Sozialpartner für die Governance der EU spielen, sowie die zentrale Rolle, die sie zur Wiederankurbelung der Beschäftigung und des Wachstums leisten können. Bei dem Treffen kamen der Präsident der Europäischen Kommission, *José Manuel Barroso*, der Präsident des Europäischen Rates, *Herman Van Rompuy*, der EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration *László Andor*, sowie die dänische Premierministerin *Helle Thorning-Schmidt* für die amtierende Ratspräsidentschaft mit Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammen. Für die nachfolgenden Präsidentschaften im zweiten Halbjahr 2012 bzw. ersten Halbjahr 2013 nahmen zudem der zyprische Arbeitsminister, *Sotiroula Charalambous*, sowie der irische Premierminister *Enda Kenny* teil.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1211&furtherNews=yes>

FRAUEN IN UNTERNEHMENSVORSTÄNDEN: KOMMISSION ZIEHT BILANZ DER SELBSTREGULIERUNGSINITIATIVEN UND LEITET KONSULTATION EIN

Nach einem am 05.03.2012 veröffentlichten Bericht der Kommission sind ein Jahr nach dem Aufruf zu Selbstregulierungsinitiativen (EB 04/12, 05/11) nur geringe Fortschritte mit Blick auf die Erhöhung des Frauenanteils in den Führungsgremien von Unternehmen festzustellen. Von sieben Aufsichtsrats- bzw. Vorstandsmitgliedern führender europäischer Unternehmen sei, so die Kommission, lediglich eines weiblich (13,7 %). Zwar stelle dies eine leichte Verbesserung gegenüber 2010 dar (11,8 %). Nach Auffassung der Kommission würde es jedoch noch immer 40 Jahre dauern, bis ein signifikantes, ausgewogenes Geschlechterverhältnis (Mindestanteil von 40 % Frauen bzw. Männern) herrsche. Kommissionsvizepräsidentin und Justizkommissarin *Viviane Reding* hatte im März 2011 einen Gipfel mit Geschäftsführern und Vorstandsvorsitzen-



den von börsennotierten Unternehmen einberufen und einen Aufruf zur Selbstverpflichtung gestartet, wobei sie angekündigt hatte, die Fortschritte genau zu beobachten und dann über evtl. weitere Maßnahmen zu entscheiden. In ihrem Arbeitsprogramm für 2012 hatte die Kommission eine Initiative in diesem Bereich angekündigt (EB 20/11). Der Beschäftigungs- und Sozialministerrat führte bereits eine politische Orientierungsaussprache im Rahmen seines letzten Treffens (EB 04/12).

Bericht „Frauen in wirtschaftlichen Entscheidungspositionen in der EU“:

http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/women-on-boards_de.pdf

Öffentliche Konsultation:

http://ec.europa.eu/justice/newsroom/gender-equality/opinion/120528_en.htm

Eurobarometer:

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_376_en.pdf

EUROPÄISCHER TAG DER LOHNGLEICHHEIT: FRAUEN VERDIENEN NACH ANGABEN DER KOMMISSION IM SCHNITT NOCH IMMER 16,4 % WENIGER ALS MÄNNER

Den am „Europäischen Tag der Lohngleichheit“ am 02.03.2012 von der Kommission veröffentlichten Zahlen zufolge verdienen Frauen in der EU im Durchschnitt noch immer 16,4 % weniger als Männer. Der diesjährige Tag der Lohngleichheit soll nach Informationen der Kommission neben einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das bestehende Lohngefälle vor allem die Arbeitgeber ansprechen und fand zugleich im Vorfeld des Internationalen Frauentags am 08.03.2012 statt. Erstmals wurde der „Europäische Tag der Lohngleichheit“ am 05.03.2011 begangen (EB 05/11) und von der Kommission im Rahmen der Umsetzung des Fahrplans für Gleichstellung 2010-2015 ins Leben gerufen. Das konkrete Datum bestimmt sich nach der Zahl von Tagen, die Frauen hätten zusätzlich hätten arbeiten müssen, um den Lohn der Männer zu erreichen.

http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/gender-pay-gap/index_de.htm

AKTIONSPLAN FÜR INNOVATIONEN IM BEREICH AKTIVES UND GESUNDES ALTERN

Die Kommission hat am 29.02.2012 einen auf vier Jahre angelegten Aktionsplan (Mitteilung) für die Europäische Innovationspartnerschaft (EIP) „Aktives und gesundes Altern“ veröffentlicht. Dieser dient der Umsetzung des von der



EIP-Lenkungsgruppe im November vergangenen Jahres aufgestellten Strategischen Durchführungsplans mit den vorrangigen Aktionsbereichen Prävention, Behandlung und Unabhängigkeit im Alter (EB 19/11). Die in der Mitteilung beschriebenen Maßnahmen sollen einen Beitrag dazu leisten, das Leben älterer Mitbürger zu verbessern und ihren Beitrag zur Gesellschaft zu unterstützen. Gleichzeitig soll der Druck auf die nationalen Gesundheits- und Pflegesysteme verringert und ihre langfristige Leistungsfähigkeit gesichert werden. Unter Federführung der Kommission wirken Gesundheitsbehörden, Angehörige der Gesundheitsberufe, Unternehmen, Forscher und andere Beteiligte an der Umsetzung der Maßnahmen mit (s. hierzu auch den Beitrag des StMUG in diesem EB).

Mitteilung der Kommission:

[http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/item-detail-
dae.cfm?item_id=7852](http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/item-detail-
dae.cfm?item_id=7852)

Weitere Informationen zur EIP:

http://ec.europa.eu/health/ageing/innovation/index_en.htm

14 NEUE WARNHINWEISE FÜR ZIGARETTENSCHACHTELN

Die Kommission hat im Anschluss an eine Eurobarometer-Umfrage und in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten am 07.03.2012 insgesamt 14 neue Textwarnhinweise auf Zigaretenschachteln gebilligt. Darunter befinden sich Gesundheitswarnungen wie „Rauchen verursacht Mund- und Kehlkopfkrebs“, „Rauchen erhöht das Risiko zu erblinden“ und „Kinder rauchender Eltern fangen mit höherer Wahrscheinlichkeit selbst zu rauchen an“. Die Mitgliedstaaten haben zwei Jahre Zeit, die neuen Hinweise in ihr nationales Recht einzuführen (s. hierzu auch den Beitrag des StMUG in diesem EB).

Eurobarometer-Umfrage:

http://ec.europa.eu/health/tobacco/docs/eurobaro_tobaccowarninglabels_q1_58_18_en.pdf

Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/health/tobacco/policy/index_de.htm



Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

KONFERENZ ZUR REDUKTION DES FRÜHEN SCHULABBRUCHS IN BRÜSSEL

Am 01.-02.03.2012 fand in Brüssel eine Konferenz der Kommission unter Beteiligung des dänischen Ratsvorsitzes zum Thema „Reduktion des frühen Schulabbruchs: Effiziente und effektive Politiken in Europa“ statt. Rund 300 Teilnehmende aus der Forschung, aus der pädagogischen Praxis sowie aus den nationalen und regionalen Verwaltungen tauschten sich im Rahmen von Vorträgen, Workshops und einer Paneldiskussion über die komplexen Ursachen eines frühzeitigen Schulabgangs aus. Zudem diskutierten sie über Möglichkeiten eines evidenzbasierten Vorgehens gegen frühen Schulabbruch, u. a. durch verstärkte bereichsübergreifende und lokale Kooperationen zwischen Bildungs- und Jugendeinrichtungen sowie der Wirtschaft vor Ort, durch einen verstärkten Einbezug des berufsbildenden Bereichs sowie durch stärker auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen Schülers bzw. der einzelnen Schülerin zugeschnittene Bildungsangebote. Die Tagung endete mit einem Redebeitrag des stellvertretenden Generaldirektors der Generaldirektion Bildung und Kultur, Herrn *Prats Monné*, der mit Blick auf die hohe Komplexität der Gründe für frühen Schulabbruch die hieraus resultierende Notwendigkeit einer deutlich stärkeren Evidenzbasierung der Bildungspolitik in Europa betonte und in diesem Zusammenhang die Bedeutung der europäischen Ebene herausstellte. Das positive Wirken der EU werde allerdings von einigen Mitgliedstaaten – nicht zuletzt Deutschland – erschwert, die die Maßnahmen auf EU-Ebene aus Gründen der Kompetenzverteilung im Bildungsbereich sehr kritisch begleiteten.

BILDUNGSAUSSCHUSS DES RATES NIMMT DISKUSSION ÜBER EINEN BENCHMARK ZUR BESCHÄFTIGUNGSFÄHIGKEIT AUF

In seiner Sitzung am 23. - 24.02.2012 hat der Bildungsausschuss des Rates auf der Grundlage eines Entwurfs des dänischen Vorsitzes erstmals über einen Benchmark zur Beschäftigungsfähigkeit diskutiert, der vom EU-Bildungsministerrat im Mai 2012 beschlossen werden soll. Diese Ergänzung der existierenden Reihe bildungspolitischer Benchmarks ist bereits im strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020“) von 2009 vorgesehen. Der Präsidentschaftsvorschlag fußt auf intensiven Vorbereitungen der Kommission,



die hierfür u. a. eine eigene Arbeitsgruppe, bestehend aus Experten aus den Mitgliedstaaten und der Kommission, eingerichtet und auf der Grundlage von deren Ergebnissen bereits im Mai 2011 ein Arbeitspapier mit konkreten Empfehlungen für die inhaltliche Fassung und die Messung des Benchmarks veröffentlicht hat (EB 11/11).

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT STUDIE ÜBER FÖRDERUNG VON BREITENSport IN DER EU

Bereits am 17.02.2012 hat die Kommission einen u. a. von der Deutschen Sporthochschule Köln durchgeführten Bericht zur Förderung von Breitensport in der EU vorgelegt. Die bereits im Weißbuch der Kommission 2007 vorgesehene Studie identifiziert und evaluiert die in der EU bestehendem, verschiedenen Fördersysteme, untersucht die Bedeutung unterschiedlich ausgerichteter Förderinstrumente und analysiert den Einfluss von rechtlichen Rahmenbedingungen und Vorschriften für die Förderung des Breitensports in der EU. Die nur in englischer Sprache vorliegende Studie ist im Internet abrufbar unter der Adresse:

http://ec.europa.eu/internal_market/top_layer/sport_study_en.htm

VERWALTUNGS-AUSSCHUSS BESCHLIESST MITTELVERTEILUNG DES SCHUL-FRUCHTPROGRAMMS AUF MITGLIEDSTAATEN

Im Verwaltungsausschuss für die einheitliche gemeinsame Marktorganisation beschlossen die Mitgliedstaaten am 6. März 2012 die Verteilung der Mittel des Schulfruchtprogramms in Höhe von 90 Mio. für das Schuljahr 2012/13 auf die 24 teilnehmenden Mitgliedstaaten. Schweden, Finnland und Vereinigtes Königreich nehmen erneut nicht am Programm teil. Basis der Mittelverteilung war der Anteil der 6-10-jährigen Kinder sowie der vom einzelnen Mitgliedstaat angemeldete Bedarf. Die meisten Gelder fließen nach Italien (20,5 Mio. €), Deutschland (11,6 Mio. €), Rumänien (9,8 Mio. €) und Polen (9,2 Mio. €). Die EU-Mittel müssen zu 50-75 % von nationalen und/oder privaten Trägern kofinanziert werden. Das EU-Schulfruchtprogramm, das 2009 gestartet wurde, hat zum Ziel, Schulkinder zu einem erhöhten Konsum von Obst und Gemüse zu ermuntern. Dafür wird teilnehmenden Schulen auch frisches Obst und Gemüse zur Verfügung gestellt. Im Schuljahr 2010/11 haben EU-weit acht Millionen Kinder vom Schulfruchtprogramm profitiert. Im laufenden Schuljahr fließen 2,4 Mio. EU-Gelder aus dem Schulfruchtprogramm nach Bayern, Landesmittel



in selber Höhe wurden vom Bayerischen Landtag grundsätzlich bewilligt. Die Kommission möchte das Programm in Zukunft weiter ausbauen.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

FORTENTWICKLUNG DER EUROPÄISCHEN INNOVATIONSPARTNERSCHAFTEN

Die Kommission billigte in ihrer Sitzung am 29.02.2012 weitere Schritte bei der Fortentwicklung des Instruments der Europäischen Innovationspartnerschaften (EIPs). Sie nahm einen Vierjahres-Aktionsplan für die im Februar 2011 gestartete Pilotinitiative, die Innovationspartnerschaft „Aktives und gesundes Altern“, an. Darüber hinaus hat die Kommission zwei neue EIPs ins Leben gerufen, die sich dem Bereich Rohstoffversorgung bzw. der landwirtschaftlichen Produktivität und Nachhaltigkeit widmen sollen (zu den einzelnen EIPs s. die Beiträge von StMUG, StMWIVT und StMELF in diesem EB.)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st07/st07293.de12.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st07/st07247.de12.pdf>

<http://eur->

lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0079:FIN:DE:PDF

FÜNF JAHRE EUROPÄISCHER FORSCHUNGSRAT

Der Europäische Forschungsrat (ERC), der es sich zur Aufgabe gemacht hat, in ganz Europa herausragende Forscher zu fördern, feierte am 29.02.2012 in Brüssel sein 5-jähriges Bestehen und zog dabei Zwischenbilanz. In den vergangenen fünf Jahren unterstützte der ERC mittels seiner Stipendien mehr als 2.500 Forscher aus 53 Nationen, die in 480 unterschiedlichen europäischen Forschungsinstitutionen arbeiten. Bislang wurden 4,2 Mrd. € für die Arbeiten der Forscher zur Verfügung gestellt.

http://erc.europa.eu/sites/default/files/press_release/files/erc_pr_5_Anniversary.pdf

MUSEUMSPROJEKT „HAUS DER EUROPÄISCHEN GESCHICHTE“ NIMMT KONKRETE FORMEN AN

Das Museumsprojekt „Haus der europäischen Geschichte“ wurde von Vizepräsident *Miguel Angel Martínez Martínez* (S&D/ESP) am 29.02.2012 im Kultur- und Bildungsausschuss des EP vorgestellt und fand dabei großen An-



klung. Standort des Geschichtsmuseums zur europäischen Einigung ist das Eastman-Gebäude im Parc Léopold in unmittelbarer Nachbarschaft zur Bayerischen Vertretung. Auf rund 4000 qm wird das „Haus der europäischen Geschichte“ Raum für eine Dauerausstellung bieten; zudem stehen 800 qm für Sonderausstellungen zur Verfügung. Für die inhaltliche Konzeption wurden 18 Historiker aus 13 Nationen ausgewählt. Die Eröffnung soll noch vor den nächsten Europawahlen in der ersten Jahreshälfte 2014 erfolgen.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

MITTEILUNG ZUR BESSEREN UMSETZUNG DES UMWELTRECHTS – KOMMISSION SCHLÄGT EIGENEN UMWELTINSPEKTIONSDIENST VOR

Am 07.03.2012 hat die Kommission eine Mitteilung zur besseren Umsetzung des EU-Umweltrechtes veröffentlicht. Um einen intensiveren Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern einzuleiten, schlägt die Mitteilung u. a. verstärkte Umweltinspektionen, -überwachungsmaßnahmen sowie einen verbesserten Zugang der Bürger zu Umweltinformationen und Gerichten vor. Hierbei wird auch erwogen, einen eigenen EU-Umweltinspektionsdienst einzurichten und EU-Umweltinspektoren direkt vor Ort einzusetzen, um für eine bessere Umsetzung des EU-Rechts in den Mitgliedstaaten zu sorgen.

http://ec.europa.eu/environment/legal/law/pdf/com_2012_95.pdf

KONSULTATION DER KOMMISSION ZU INVASIVEN ARTEN

Am 29.02.2012 eröffnete die Kommission eine Online-Konsultation zur Bekämpfung von invasiven Arten in Europa. Invasive Arten sind Lebensformen, die sich nicht in ihrem natürlichen Lebensraum befinden und durch ihre rasante Ausbreitung eine Gefahr für Flora und Fauna, die menschliche Gesundheit, Anbaukulturen und Tierbestände darstellen. Allein der wirtschaftliche Schaden durch nichtheimische Spezies beläuft sich EU-weit auf etwa 12 Mrd. € jährlich. Die Ergebnisse der bis zum 12.04.2012 laufenden Online-Befragung sollen Eingang in den für das dritte Quartal 2012 erwarteten Legislativvorschlag finden.

Zur Konsultation:

http://ec.europa.eu/environment/consultations/invasive_allies.htm

Hintergrundinformationen:

http://ec.europa.eu/environment/nature/invasivealien/index_en.htm



INNOVATIONSPARTNERSCHAFT FÜR ROHSTOFFE VORGESCHLAGEN

Die Kommission hat am 29.02.2012 eine Europäische Innovationspartnerschaft für Rohstoffe vorgeschlagen. Sie soll Politik, Unternehmen, Forschungseinrichtungen und der Zivilgesellschaft als Plattform dienen, um gemeinsam Maßnahmen für eine nachhaltige Versorgung der EU mit industriellen Rohstoffen zu entwickeln. Die Innovationspartnerschaft konzentriert sich auf nicht energetische und nicht landwirtschaftliche Rohstoffe (s. hierzu auch den Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/144&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

AKTIONSPLAN FÜR INNOVATIONEN IM BEREICH AKTIVES UND GESUNDES ALTERN

Die Kommission hat am 29.02.2012 einen auf vier Jahre angelegten Aktionsplan (Mitteilung) für die Europäische Innovationspartnerschaft (EIP) „Aktives und gesundes Altern“ veröffentlicht. Dieser dient der Umsetzung des von der EIP-Lenkungsgruppe im November vergangenen Jahres aufgestellten Strategischen Durchführungsplans mit den vorrangigen Aktionsbereichen Prävention, Behandlung und Unabhängigkeit im Alter (EB 19/11). Die in der Mitteilung beschriebenen Maßnahmen sollen einen Beitrag dazu leisten, das Leben älterer Mitbürger zu verbessern und ihren Beitrag zur Gesellschaft zu unterstützen. Gleichzeitig soll der Druck auf die nationalen Gesundheits- und Pflegesysteme verringert und ihre langfristige Leistungsfähigkeit gesichert werden. Unter Federführung der Kommission wirken Gesundheitsbehörden, Angehörige der Gesundheitsberufe, Unternehmen, Forscher und andere Beteiligte an der Umsetzung der Maßnahmen mit.

Mitteilung der Kommission:

[http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/item-detail-
dae.cfm?item_id=7852](http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/item-detail-
dae.cfm?item_id=7852)

Weitere Informationen zur EIP:

http://ec.europa.eu/health/ageing/innovation/index_en.htm

KOMMISSION FORDERT MEHR TRANSPARENZ BEI ARZNEIMITTELPREISEN

Am 01.03.2012 hat die Kommission einen Gesetzgebungsvorschlag zur Überarbeitung der sog. „Transparenz-Richtlinie“ vorgestellt und damit neue Verfah-



rensregeln für die Preisfestsetzung und Kostenerstattung von Arzneimitteln in den Mitgliedstaaten vorgeschlagen. Aufgrund der beträchtlichen Weiterentwicklung des Arzneimittelmarktes und der zunehmenden Komplexität der nationalen Preisfestsetzungs- und Kostenerstattungsverfahren werden die mehr als 20 Jahre alten Vorschriften der Richtlinie 89/105/EWG durch eine neue Richtlinie ersetzt mit dem Ziel, die nationalen Entscheidungsverfahren zu vereinfachen und zu verkürzen. Der für Industrie und Unternehmertum zuständige Kommissar *Tajani* erklärte, dass neue Medikamente für Patienten schneller zugänglich gemacht, faire Wettbewerbsbedingungen für die Pharmaunternehmen gewährleistet und Einsparungen bei den öffentlichen Gesundheitsausgaben erzielt werden sollen, z. B. durch einen schnelleren Marktzugang für Generika.

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/healthcare/competitiveness/pricing-reimbursement/transparency/index_en.htm

14 NEUE WARNHINWEISE FÜR ZIGARETTENSCHACHTELN

Die Kommission hat im Anschluss an eine Eurobarometer-Umfrage und in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten am 07.03.2012 insgesamt 14 neue Textwarnhinweise auf Zigarettenschachteln gebilligt. Darunter befinden sich Gesundheitswarnungen wie „Rauchen verursacht Mund- und Kehlkopfkrebs“, „Rauchen erhöht das Risiko zu erblinden“ und „Kinder rauchender Eltern fangen mit höherer Wahrscheinlichkeit selbst zu rauchen an“. Die Mitgliedstaaten haben zwei Jahre Zeit, die neuen Hinweise in ihr nationales Recht einzuführen. Eurobarometer-Umfrage:

http://ec.europa.eu/health/tobacco/docs/eurobaro_tobaccowarninglabels_q1_5818_en.pdf

Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/health/tobacco/policy/index_de.htm

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

ITRE EINIGT SICH AUF NIEDRIGERE ROAMINGPREISE

Am 28.02.2012 hat sich der im EP federführende Industrieausschuss (ITRE) auf neue Obergrenzen für Mobilfunk-Roaming ab Juli 2012 geeinigt, die wesentlich strenger sind, als der Vorschlag der Kommission zur Neufassung der Roamingverordnung vorsah (EB 04/12).



Weitere Informationen sind abrufbar unter:

<http://www.europarl.europa.eu/committees/en/ITRE/subject-files.html?id=20111208CDT33579>

Die Rede von *Neelie Kroes* ist abrufbar unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/28&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

AUCH EP RUFT EUGH WEGEN ACTA AN – LANGE BERATUNGSDAUER ZU ERWARTEN

Das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) ist auch auf europäischer Ebene weiter sehr umstritten (EB 04/12). Das EP hat am 29.02.2012 hat seine Beratungen hierzu aufgenommen und einen ersten Meinungsaustausch im Ausschuss für internationalen Handel (INTA) durchgeführt. Im Ergebnis wurden die bekannten Positionen und Argumente ausgetauscht. Das EP wird nun seinerseits, wie schon die Kommission, ein Gutachten des EuGH zur Vereinbarkeit von ACTA mit dem EU-Recht einholen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bIM-PRESS%2b20120227IPR39340%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fEN>

KOMMISSION STELLT STUDIE ZU BINNENMARKT FÜR ELEKTRONISCHE KOMMUNIKATION VOR

Am 28.02.2012 hat die Kommission im Rahmen der Digitalen Agenda eine Studie mit dem Titel „Steps towards a truly Internal Market for e-Communications“ veröffentlicht, nach der das europäische BIP bei Vollendung eines Binnenmarktes für elektronische Kommunikation um 0,8 % und damit um 110 Mrd. € wachsen könnte.

Die Studie ist abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecomms/doc/library/ext_studies/cost_non_europe/im_e_com.pdf